Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

17.12.1876 (No. 300)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 17. Dezember.

№ 300. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. **1876.**

Auf das mit dem 1. Januar beginnende erste Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsasses und der Schweiz, die Expedition sowie die betreffenden HH. Agenten fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, **Briefträgergebühr eingerechnet,** vierteljährlich **3 Mark 65 Pf.**

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† **Stuttgart**, 15. Dez. In der Stadt Stuttgart muß eine engere Wahl zwischen Lautenschlager (nat.-lib.) und Dulk (Socialdemokrat) stattfinden; Stälin, Kandidat der Pietisten, und Oberbürgermeister Hack blieben in der Minorität; Letzterer hatte im voraus abgelehnt. In Göppingen siegte Hölder gegen den Kandidaten der Volkspartei, in Stadt Tübingen Wolf (nat.-lib.) gegen Schott (Volkspartei). Die Kandidaten der Deutschkonservativen sind überall unterlegen.

† **Wien**, 15. Dez. Das Abgeordnetenhaus berieth heute über den Etat des Handelsministeriums und genehmigte denselben nach den Ausschußanträgen. Der Handelsminister erklärte nunmehr den Zeitpunkt zur Uebernahme der garantirten Bahnen in den Staatsbetrieb für gekommen.

† **Wien**, 15. Dez. Das Goldrente-Konsortium macht bekannt, daß, nachdem die eingelaufenen Zeichnungen den aufgelegten Betrag namhaft überschritten haben, die Subskription gestern, 14. d., bei allen Auflagestellen geschlossen worden ist.

† **Pesth**, 15. Dez. Das Abgeordnetenhaus hat das Budget für 1877 bei namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 106 Stimmen angenommen.

† **Brüssel**, 15. Dez. Gestern fand eine Versammlung bei dem Finanzminister statt, welcher die Vertreter der meisten bedeutenderen Finanzinstitute beiwohnten. Es wurde eine Kommission zur Prüfung der gegenwärtigen Lage gewählt, von dem Gesichtspunkte aus, ob nicht die Bildung eines speziellen Comptoir d'Escompte verfassungsmäßig, zweckmäßig und geboten scheine. Die Nationalbank traf Vorkehrungen, um jeder Stockung der geschäftlichen Thätigkeit der Bank „Union du Crédit de Bruxelles" vorzubeugen.

† **Washington**, 15. Dez. Der Präsident Grant richtete eine Botschaft an den Kongreß, worin er die Absendung der Truppen nach dem Süden rechtfertigt. Dieselben seien nur zur Verhütung von Ruhestörungen erfolgt, die Truppen intervenirten niemals, sicherten dagegen oft den regelmäßigen Verlauf der Wahl durch die Unterstützung, welche ihre Gegenwart den Wählern gewährte. Die demokratische Legislatur Süd-Carolina's erklärte Hampton zum Gouverneur gewählt.

† **Paris**, 15. Dez. Die Denkschrift, welche die „Alliance israelite" in ihrer gestrigen Sitzung, an welcher Delegirte Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens, der Schweiz, Hollands und Amerika's Theil nahmen, an die Konferenz in Konstantinopel zu richten beschloß, bittet, allen Nichtmuhamedanern in den türkischen Provinzen alle bürgerliche und politische Freiheit zuzugestehen und die Konvention von 1858 bezüglich der Juden Rumäniens zu revidiren resp. zu vervollständigen.

† **Wien**, 15. Dez. Die bisherigen Sitzungen der Vorkonferenz in Konstantinopel haben, wie von unterrichteter Seite verlautet, blos den Friedensbedingungen zwischen der Türkei einerseits und Serbien und Montenegro andererseits gegolten, worüber die Einigung erzielt ist. Heute steht ein schwierigerer Punkt, die bulgarische Angelegenheit, auf der Tagesordnung.

§ Politische Wochenübersicht.

Die Signatur der letzten Woche war in der orientalischen Frage eine scheinbare Friedensströmung. Die Nachrichten über die Vorbesprechungen und den Beginn der am 12. d. eröffneten Vorkonferenz lauten so optimistisch, daß sie in der That eine friedliche Wendung der Verhältnisse in Aussicht zu stellen scheinen, anderntheils aber gerade dadurch, wie nicht geläugnet werden kann, Mißtrauen erwecken Und wie man wirklich nicht vorsichtig genug sein kann, zeigt der Umstand, daß man bereits eine Verständigung zwischen England und Rußland selbst bezüglich der Okkupations-Frage zu Stande gekommen sein ließ, während diese Frage nach einer jedenfalls richtigeren Lesart noch nicht einmal berührt worden ist. Man wird also annehmen müssen, daß die bis jetzt erörterten Punkte noch keine Kardinalfragen waren. Immerhin wird von einer „wesentlichen Annäherung" zwischen England und Rußland und davon Akt zu nehmen sein, daß Rußland wiederholt erklärt habe, es betrachte die Besetzung der Bulgarei nicht als alleiniges Garantiemittel und würde gern jeden andern zu demselben Ziel führenden Vorschlag annehmen. Ja man berichtet sogar von einer Autorisirung der diplomatischen Agenten Rußlands im Auslande zu der Erklärung, daß Fürst Gortschkoff in dem bisherigen Gang der Vorverhandlungen über die Okkupations- und Garantie-Frage eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens erblicke. Der scheinbare Widerspruch bezüglich der Okkupations-Frage mit dem Obigen löst sich wohl damit, daß dieselbe in den Vorbesprechungen im Allgemeinen mag zur Sprache gekommen sein. Man nimmt an, daß die Vorkonferenz, in welcher General Ignatieff den Vorsitz führt, länger als ursprünglich beabsichtigt, dauern und die eigentliche Konferenz nicht vor Ende dieses Monats beginnen werde. Es ist also jedenfalls auch eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu erwarten. Mit den Friedensbulletins stehen übrigens in eigenthümlichem Widerspruch die noch ununterbrochenen russischen Rüstungen, denen die türkischen Kriegsvorbereitungen und neue militärische Anstrengungen Serbiens entsprechen, sollte auch schon der Winter den Kriegsausbruch noch verschieben lassen. Die Türkei wenigstens scheint vorerst nicht geneigt, eine Besetzung der Bulgarei durch die Russen ohne Kampf hinzunehmen, und auf dieses Ende mußte Rußland mit seiner Mobilmachung gefaßt sein.

Der deutsche Reichstag hat fleißig fortgearbeitet, u. a. den Etat für Elsaß-Lothringen erledigt, den bekannten Diätenantrag von Schulze-Delitzsch fast ohne Debatte angenommen, die Vorlage über Retorsionszölle an eine Kommission gewiesen und den Antrag Windthorst auf Fortbestand der Eisenzölle bis 1. Jan. 1879 mit 201 gegen 116 Stimmen verworfen. Und nun steht er mit der dritten Lesung der Justizgesetze vor der wichtigsten Entscheidung. Das Plenum des Bundesrathes hat sich unter dem persönlichen Vorsitze des Reichskanzlers (seit langer Zeit wieder zum ersten Mal) über die noch bestehenden Differenzen schlüssig gemacht und der Reichskanzler die 18 für unannehmbar erklärten Punkte dem Reichstag schriftlich mitgetheilt, welcher darauf die bereits angesetzt gewesene Berathung auf einige Tage verschoben hat.

Dem Vernehmen nach soll eine Erklärung des preußischen Justizministers bei der dritten Lesung eine Verständigung über die Mehrzahl der Bundesraths-Bedenken offen lassen. Wäre dies nicht der Fall, so würde das große Gesetzgebungswerk, die Arbeit jahrelanger und unendlicher Mühen, für jetzt — und Gott weiß, für wie lange — als gescheitert zu betrachten sein. — Die eben vollzogenen Landtags-Wahlen scheinen keine große Veränderung im Parteiverhältniß bewirkt zu haben; eine reichsfreundliche Mehrheit ist gesichert, die ultramontane Partei hat sich verstärkt.

In Oesterreich-Ungarn hängen die streitigen Ausgleichsverhandlungen, namentlich die Bank-Frage, noch immer wie ein Damoklesschwert über beiden Ministerien, die in einer, wenn auch noch nicht offiziellen Krisis begriffen sind, über welche der Kaiser die Entscheidung noch verschoben hat. Bis jetzt hat der Reichs-Finanzminister Baron Hoffmann vergeblich zu vermitteln gesucht. Die Wahlen in Triest fielen für die Verfassungspartei ungünstig aus. Im österreichischen Abgeordnetenhause wurden die Erklärungen des Kultusministers Stremayr bei der Debatte über das Unterrichtsbudget beifällig aufgenommen. Die Gerüchte über eine Betheiligung Oesterreichs an einer Besetzung türkischer Gebietstheile haben keine Bestätigung gefunden.

Nach längeren Schwankungen zwischen den verschiedenen Strömungen ist in Frankreich ein Kompromiß-Ministerium unter der Präsidentschaft Jules Simon's (zugleich für Inneres) mit Beibehaltung des Kriegsministers Berthaut, welcher bei der Mehrheit der Deputirtenkammer am meisten Anstoß erregt hatte, zu Stande gekommen. Ausgeschieden sind Dufaure und Marcère, eingetreten Jules Simon und Martel (Justiz). Homogen liberal ist das neue Kabinet nicht, indessen überwiegt das liberale Element. Auch wurden Jules Simon's Erklärungen, namentlich ein Passus über die absolute Gewissensfreiheit, von der Linken sehr beifällig aufgenommen, und das Programm der letzteren in Betreff der Civilbegräbnisse von sämmtlichen Ministern, auch dem Kriegsminister, acceptirt.

Der italienischen Kammer wurden Gesetzentwürfe über die Verwaltungs- und Wahlreform vorgelegt. Der Minister des Auswärtigen, Melegari, ist an einem Schlaganfall erkrankt.

Das englische Parlament ist auf den 8. Febr. einberufen. Die sogenannte „Nationalkonferenz" ist am 8. in London in zwei Aufzügen abgehalten worden und brachte die bekannten Entrüstungsbeschlüsse gegen die Politik der Regierung. Die ganze Agitation dürfte in einem Augenblicke, wo Lord Salisbury bemüht, und, wie es scheint, auch auf gutem Wege ist, eine möglichst befriedigende Lösung zu finden, sehr ungeeignet sein und muß den Verdacht persönlicher Zwecke erregen, ohne auf die Politik der Regierung einen besonderen Einfluß zu üben.

Die Demarkations-Kommissionen haben ihr Geschäft beendigt. Die Pforte fährt fort, ihre Streitkräfte gegen die Donau zu dirigiren und dort zu konzentriren. Die Annäherung der Russen an die Donauübergänge würde wohl mit der türkischen Kriegserklärung beantwortet. Das russische Hauptquartier soll am 28. ds. nach Chotim, am 5. Januar nach Fokschany (in Rumänien über dem Pruth) übersiedeln. In Konstantinopel brachten zwei eigenthümliche Vorfälle, der angebliche Attentatsversuch zweier Montenegriner auf Midhat Pascha und die beabsichtigte Entführung des Ex-Sultans Murad, um ihn als Gegen-Sultan zu benützen, neue Erregung hervor.

Fürst Karl von Rumänien soll das von der Türkei angebotene Schutz- und Trutzbündniß abgelehnt haben.

Bei Griechenland ist einige Aufmerksamkeit erforderlich, um den Faden der Ministerien nicht zu verlieren. Das Kabinet Deligiorgis war nur eine Eintagsfliege und erhielt sofort den Kammerabschied. Der wieder berufene Kummunduros brachte sodann mit einigen Aenderungen (Justiz- und Marineministerium) ein Ministerium zusammen, das auch vorerst die Unterstützung der Kammer fand.

Für die Präsidenten-Krisis in den Vereinigten Staaten ist noch kein Ende abzusehen. Beide Nationalkomités, das

Großh. Hoftheater.

y. Karlsruhe, 16. Dez. Friedrich Halm's dramatisches Gedicht „Wildfeuer" wurde am 12. und 14. hier erstmals, und zwar mit sehr günstigem Erfolg, aufgeführt. Man hatte die ganze lange Zeit her, seit das Stück an die Bühnen versandt wurde, Bedenken gegen die Aufführung desselben getragen, die nun wohl durch diese selbst zerstreut sein dürften. Wie bei so manchem vermeintlichen Wagniß zeigte sich auch hier, daß im Grunde nichts dabei zu wagen war. Diese romantische Geschichte vom allmäligen Keimen, Wachsen und Aufblühen der Liebe zwischen Jüngling und Mädchen ohne Bewußtsein des Geschlechtsunterschiedes ist ein Stoff, der für einen mit Vorliebe in psychologischen Problemen sich ergehenden Dichter wie Fr. Halm ganz besondern Reiz haben mochte, der aber auch nur aus solch feinfühliger, kunstgewandter Hand als ein solch duftiges, pikantes, immer aber edelschönes, zartes und reines Gebilde hervorgehen konnte, wie es uns in „Wildfeuer" entgegentritt.

Daß die Fabel des Stücks sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat, daß dergleichen in der Wirklichkeit kaum jemals vorgekommen sein dürfte, kann das der Dichtung zum Vorwurfe gereichen? Kann dem Dichter das Recht bestritten werden, sich ideale Zustände zu schaffen, auf deren Grund er seine Dichtung aufbaut? Wer nur die reale Wirklichkeit auf der Bühne zulässig finden wollte, möge sich des Schiller'schen Wortes erinnern:

Alles wiederholt sich nur im Leben,
Ewig jung bleibt nur die Fantasie.
Was sich nie und nirgends hat begeben,
Das allein veraltet nie!

Und in der That weht uns ein Hauch von Jugendfrische aus der Dichtung entgegen, der der belebenden Wirkung auf die Zuschauer nicht verfehlte.

Unstreitig aber ist der Erfolg dieses Stücks in höherem Grade als bei irgend einem andern durch die Darstellung mitbedingt. Wo die Titelrolle in so dezenter, verständiger, dabei naturfrischer, stimmungsvoller Weise, mit gelegentlichen Anflügen anmuthiger Koketterie, überhaupt so gespielt wird, daß inmitten all dieser Wildfeuer-Allüren doch immer wieder die unbewußt sich geltend machende Mädchennatur zur Erscheinung kommt, wie Frl. Bacon sie darstellte, kann sie nur sympathisch wirken. Hin und wieder ließ dieselbe jedoch jenen träumerischen, singenden Ton vernehmen wie er bei ihrer Miranda und namentlich im Käthchen vorherrschte und der etwas Manierirtes hat. Die Darstellerin wird gut thun, in diesem Punkte sehr auf sich Acht zu haben. — Uebrigens war die Darstellung des in seiner Komposition von hoher technischer Meisterschaft zeugenden Stücks von der Art, daß man seine herzliche Freude daran haben konnte. Das Ensemble sowohl als die Einzelleistungen in den wichtigeren Rollen zeugten von sorgsamer Einstudirung. Eine vortreffliche Leistung von feinem, wahrem und warmem Ausdruck war namentlich die des Hrn. v. Horar in der Rolle des Marcel de Prie. Schade, daß sein etwas sprödes Organ mit seinen künstlerischen Intentionen nicht völlig gleichen Schritt zu halten vermag; hin und wieder wäre demselben im Interesse des Eindrucks der Leistung mehr Weichheit zu wünschen gewesen. — Von gediegener Charakteristik und lebenvollem Kolorit war ferner die Darstellung der Gräfin Adele von Loménie durch Frau Lange. Auch der treue Seneschall Pierre Vanel hatte in Hrn. Lange einen tüchtigen Vertreter. Die kecke Margot wurde von Frl. Bichler mit ergötzlicher Laune gespielt.

War auch in beiden Vorstellungen das Haus nicht eben stark besetzt, so muß doch die Aufnahme des „Wildfeuer" als eine entschieden beifällige bezeichnet werden, und es ist nicht zu bezweifeln daß fernere Vorstellungen des Stücks auch das Wohlgefallen einer zahlreicheren Zuschauerschaft gewinnen werden. Auf alle Fälle hat man Ursache, der Bühnenleitung für die Aufführung des „Wildfeuer" und überhaupt für die Wiederauffrischung des Andenkens an Friedrich Halm dankbar zu sein. Wie wenig der Dichter des „Wildfeuer" der Vergessenheit anheimzufallen verdient, würde u. a. die Reproduktion seines reizenden Lustspiels „Verbot und Befehl" in augenfälliger Weise erkennen lassen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

republikanische und das demokratische, erklären in öffentlichen Adressen jedes seinen Kandidaten als zum Präsidenten der Union gewählt. Im Kongreß selbst sind später heftige Kämpfe zu erwarten, da die Mehrheit im Senat republikanisch, im Repräsentantenhause demokratisch ist. Jedenfalls bedürfen die Verfassungsbestimmungen über die Präsidentenwahl einer Abänderung. — In Mexiko hat der aufrührerische General Porfirio Diaz den Präsidenten Lerdo de Tejada gestürzt; Letzterer wurde auf der Flucht sammt seinem ganzen Ministerium gefangen. Gegen Porfirio Diaz steht wiederum ein Gegenkandidat Iglesias in Waffen. Aehnliche erquickliche Zustände herrschen auch in den meisten Staaten Südamerika's mit Ausnahme des monarchischen Brasiliens.

Deutschland.

○ Berlin, 14. Dez. Se. Maj. der Kaiser empfing gestern Nachmittag den Chef der Admiralität, Staatsminister und General der Infanterie v. Stosch, zu einer Konferenz. Abends beehrten die Kaiserlichen Majestäten die im Konzerthause zum Besten des Augusta-Hospitals veranstaltete Musikaufführung mit ihrer Gegenwart. Ihre Majestät die Kaiserin hatte Nachmittags längere Zeit im Elisabeth-Krankenhause verweilt. — Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin begaben sich heute Vormittag 10 Uhr nach Potsdam und wohnten mit der Frau Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin in der dortigen Friedenskirche der Gedächtnißfeier des Sterbetages weiland Ihrer Maj. der Königin Elisabeth bei. Sodann verweilten Höchstdieselben in stiller Zurückgezogenheit im Neuen Palais. Heute ist auch der Jahrestag des am 14. Dezember 1861 erfolgten Ablebens des erlauchten Vaters der Frau Kronprinzessin. Um 6 Uhr reiste der Kaiser in Begleitung der Königlichen Prinzen und der erlauchten Gäste mittelst Extrazuges der Görlitzer Eisenbahn zur Abhaltung einer Hofjagd nach Königs-Wusterhausen ab. Im Gefolge Sr. Majestät befinden sich der General à la suite Graf v. Lehndorff, der Flügeladjutant Major Graf v. Arnim, der Vice-Oberstallmeister v. Rauch und der Leibarzt Geh. Rath Dr. v. Lauer. Auf besondere Einladung begeben sich morgen früh noch mehrere Herren zur Theilnahme an der Jagd nach Wusterhausen, u. A. die Minister Frhr. v. Schleinitz und Graf zu Eulenburg, sowie der Gouverneur, General v. Boyen, und der k. russische Militärbevollmächtigte, Generalmajor v. Reutern. — Heute Mittag hielt der Bundesrath wieder eine Plenarsitzung. Auch von den vereinigten Bundesraths-Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen, für die Geschäftsordnung und für die Verfassung wurde heute eine Sitzung gehalten. — In Betreff des Zustandekommens der Justizgesetze äußern auch heute die hiesigen liberalen Blätter nur geringe Hoffnungen. Von offiziösen Organen wird versichert, daß ein Nachgeben des Bundesrathes in den wichtigen Prinzipienfragen keinesfalls zu erwarten sei. Unter den Fraktionen des Reichstages hat sich bis jetzt erst die Fortschrittspartei über ihr Verhalten bei der dritten Lesung der Gesetzentwürfe schlüssig gemacht. Sie lehnt jeden Kompromiß ab und beharrt bei den Ergebnissen der zweiten Lesung. Auf nationalliberaler Seite werden bereits mehrere Aenderungspostulate des Bundesrathes als wesentliche Verbesserungen anerkannt.

A. **Berlin**, 14. Dez. Im Abgeordnetenhause fanden heute mehrfache Besprechungen über die Differenzpunkte zwischen Bundesrath und Reichstag in Bezug auf die Justizgesetze statt. Die Abgg. Dr. Lasker, Dr. v. Schwarze und Becker (Oldenburg) bemühten sich, durch Verhandlungen mit dem Reichskanzler die Möglichkeit eines Kompromisses anzubahnen, und die Chancen des Zustandekommens der Gesetze sind heute Abend im Steigen. Gelingt es, eine Einigung der beiden gesetzgeberischen Faktoren herbeizuführen, dann wird auch die Verhandlung über die Gesetze nur noch geringe Zeit im Plenum in Anspruch nehmen, weil dann nur noch über die Kompromiß-Anträge zu berathen ist und die übrigen Punkte ohne Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt werden dürften. Die letzte Sitzung des Reichstags soll am Donnerstag den 21. Dezember stattfinden und dann der Schluß der Session erfolgen.

A. **Berlin**, 15. Dez. (Reichstag. 31. Sitzung.)

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen. — Am Tisch der Bundeskommissäre Minister v. Mittnacht, Präsident des Reichskanzler-Amts Hofmann, Direktor des Reichs-Justizamts v. Amsberg, Geh. Rath v. Pommer-Esche, Geh. Rath Starcke u. A. — Die Plätze im Hause ziemlich zahlreich besetzt. — Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung.

I. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Schulze-Delitzsch, Dr. Buhl, Dr. Zinn und Dr. Schroeder (Friedberg). Diese Interpellation lautet: „Die gehorsamst Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler folgende Anfragen: 1) Sind die Arbeiten der vom Bundesrathe zum Entwurfe eines allgemeinen deutschen Civilgesetzbuches eingesetzten Kommission so weit gediehen, daß eine entsprechende Gesetzvorlage — und binnen welcher ungefähren Frist — zu erwarten steht? 2) Kann nach Befinden nicht mindestens die Bearbeitung der das Hypothekenwesen betreffenden Bestimmungen des Entwurfs derartig gefördert werden, daß der Erlaß eines Spezialgesetzes hierüber, welches dem Nothstande des Immobiliarkredits durch ein geordnetes Grundbuchverfahren dauernde Abhilfe schafft, in nicht ferner Zeit ermöglicht wird?"

Der Antragsteller Abg. Dr. Schulze-Delitzsch begründet zur Einleitung seine Interpellation, indem er darauf hinweist, wie nothwendig für die gesammten Reichsangehörigen ein allgemeines deutsches Civilrecht sei. Vor allem aber sei der Erlaß eines solchen einheitlichen Gesetzes durch die Verhältnisse des Immobiliarkredits geboten, der in den schwierigsten Verhältnissen sich augenblicklich befinde und auf das dringendste eine Besserung der bestehenden Verhältnisse fordert. Der Grundbesitz und namentlich der ländliche leide unter diesen Verhältnissen in so hohem Maße, daß schleunige Abhilfe geboten sei.

Direktor des Reichs-Justizamtes v. Amsberg gibt einen kurzen Ueberblick über den Gang der Vorarbeiten, welche von der Reichsverwaltung in dieser Beziehung gepflogen sind. Der Bundesrath habe eine Kommission zur Ausarbeitung eines Planes für die Ausführung eines allgemeinen Civil-Gesetzbuches niedergesetzt, welche sich im September 1874 konstituirt und gleichzeitig die geschäftliche Behandlung dieser Frage berathen habe. Man habe hierbei die ganze Civil-Gesetzgebung in fünf verschiedene Haupttheile getheilt und für jeden einzelnen Haupttheil einen Redaktor ernannt, die in Berlin der Ausarbeitung des Entwurfs sich unterziehen sollten. Die Entscheidung über die einzelnen Haupttheile sollte der Gesammtkommission vorbehalten bleiben. Die Redaktoren hatten einen erheblichen Theil von Vorlagen bereits im Jahre 1875 ausgearbeitet und deßhalb wurde die Gesammtkommission im Okt. 1875 zu einer Berathung zusammenberufen, in welcher diese Spezialvorlagen durchberathen und mit den Bemerkungen der Kommission zur weiteren Bearbeitung an die Redaktoren zurückgegeben wurde. Im September d. J. wurde nun die Gesammtkommission von neuem zusammenberufen, um eine sehr große Anzahl von Thesen zu begutachten, welche sie in 23 Sitzungen durchberieth. Auf Grund eines von dem Vorsitzenden der Kommission an den Bundesrath erstatteten Berichtes darf die Vollendung der Theilentwürfe in nicht zu ferner Zeit erwartet werden, und er glaube wohl, daß nach Verlauf eines Jahres die verschiedenen Theilentwürfe vollendet sein werden, um dann durch die Kommission zu einem Gesammtentwurf verbunden zu werden. Es stehe somit eine Vollendung dieser Gesetzgebung in nicht zu ferner Zeit in Aussicht. Was den zweiten Theil der Interpellation anlangt, so bedauere er, dem Wunsche der Interpellanten nicht in derselben Weise entgegenkommen zu können. Eine Trennung der Grundbuch-Gesetzgebung von der allgemeinen Civil-Gesetzgebung sei bei der Verwickelung der deutschen Rechtsverhältnisse unmöglich.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegraphenverwaltung.

Bei der ersten Berathung wurde das Gesetz bekanntlich an die Budgetkommission verwiesen, welche jetzt durch den Abg. Richter (Hagen) mündlichen Bericht erstatten läßt. Derselbe berichtet, daß die Kommission der Ansicht gewesen, daß vorläufig nur die nothwendigen Gelder zu bewilligen seien, welche als erste Raten für die Erweiterungsarbeiten der Telegraphenverwaltung erforderlich seien, und daß die weiteren Bewilligungen für diese Zwecke an den Etat der folgenden Jahre anzuschließen seien. In Folge dessen beantragt die Kommission den § 1 des Gesetzes folgendermaßen zu fassen: „Der Reichskanzler wird ermächtigt, die zur Bestreitung der in der Anlage aufgeführten einmaligen Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung für die Zeit vom 1. Januar 1877 bis zum 31. März 1878 erforderlichen Geldmittel bis zur Höhe von 2,000,000 M. im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu diesem Zwecke in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung jener Summen erforderlich sein wird, eine verzinsliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben."

Nachdem der General-Postmeister Dr. Stephan im Namen der verbündeten Regierungen sich mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden erklärt, wird § 1 in obiger Fassung und der § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Die Kommission empfiehlt sodann noch die Annahme der folgenden Resolution: „Der Reichskanzler wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Befreiungen von den Gebühren für Telegramme in gleicher Weise, wie die Portofreiheiten in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Juni 1869 aufgehoben und bezw. beschränkt werden."

Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz: Meine Freunde und ich können uns der von Ihrer Kommission vorgeschlagenen Resolution nicht anschließen. Die Portofreiheiten, von denen hier die Rede ist, stehen zum großen Theil den Mitgliedern der einzelnen deutschen Fürstenhäuser zu und wir halten es nicht angezeigt, diesen Gegenstand in den letzten Tagen unseres Beisammenseins so beiläufig bei einem Gesetz zu verhandeln, mit welchem es doch nur in sehr losem Zusammenhang steht. Ohne deßhalb irgendwie unserer materiellen Entscheidung über diese Frage vorzugreifen, werden wir heute gegen die Resolution stimmen. — Ich möchte dem Herrn Vorredner nur erwidern, daß in der Kommission ich nicht der Einzige gewesen bin, der gegen die Resolution gestimmt hat, sondern daß zu meiner Freude 6 Mitglieder der Kommission gegen dieselbe stimmten.

III. Fortsetzung der dritten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung mehrerer Reichs-Wahlkreise.

Der Abg. Dr. Wehrenpfennig beantragt, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da ein Irrthum vorgekommen. Man war der Meinung, daß der Jadebusen mit dem Wahlkreis Minden wählen sollte. Nun habe sich aber herausgestellt, daß der Jadebusen schon wahrscheinlich im Jahr 1874 mit dem Wahlkreise Aurich gewählt habe, wie dies auch durch eine heute aus Wilhelmshaven eingetroffene Depesche bestätigt sei.

Abg. v. Lenthe widerspricht dem Antrag. Für das Haus handle es sich nicht um einen Irrthum in der Verwaltung, sondern um das Wahlgesetz, welches nur auf gesetzlichem Wege abgeändert werden könne. — Nach kurzer Diskussion wird der Antrag Wehrenpfennig abgelehnt und bei der Berathung die in der vorigen Berathung der Vorlage abgelehnte Fassung des § 1 der Regierungsvorlage in folgender Fassung hergestellt: „Der 2. und 13. Wahlkreis der Provinz Hannover und der 1. Wahlkreis des Regierungsbezirks Minden im Königreich Preußen und der 3. Wahlkreis des Herzogthums Braunschweig (Anlage C des Reglements vom 28. Mai 1870 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 — Bundes-Gesetzblatt S. 275) bestehen fortan aus den in der Anlage aufgeführten Bestandtheilen." — Ferner wird der § 2 in folgender Fassung angenommen: „Der Wahlkreis Herzogthum Lauenburg (XX. Anlage C des Reglements vom 28. Mai 1870) bildet fortan den 10. Wahlkreis der Provinz Schleswig-Holstein im Königreich Preußen." Ebenso wird der § 3, welcher bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft tritt, angenommen und damit das ganze Gesetz genehmigt.

IV. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1877. Der Gesetzentwurf wird ohne jede Diskussion genehmigt und auf Antrag des Referenten der Budgetkommission, Abg. Dr. Nieper, eine Petition von 120 Lehrern aus Elsaß-Lothringen wegen Gehaltsaufbesserung durch diesen Beschluß für erledigt erachtet.

V. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des Deutschen Reiches für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877.

Abg. Bahlteich erklärt im Namen der socialdemokratischen Abgeordneten, daß sie gegen den Etat stimmen werden, weil sie damit im Volke die Meinung verbreiten und hervorrufen wollen, daß mit dieser Regierung und ihrer Vertretung — einer Regierung, welche solche Strafgesetz-Novellen und andere ähnliche Gesetze vorlegt, welche unausgesetzt die Forderungen des Reichstags auf Gewährung von Diäten ablehnt, — nichts mehr zu thun haben darf. Die Regierung drängt fortwährend zu Kriegen, während das Volk Frieden will. Und wenn es bisher auch der Presse gelungen ist, die öffentliche Meinung zu täuschen, so ist es um so mehr nothwendig, daß von dieser Stelle ausdrücklich ausgesprochen werde, daß noch Männer da sind, welche mit dieser Regierung nichts zu thun haben wollen.

Abg. Dr. Reichensperger (Crefeld) bedauert die Abwesenheit des Reichskanzlers, da er hier gegen das Auswärtige Amt eine Beschwerde vorbringen müsse, daß dasselbe bisher noch niemals Veranlassung genommen habe, dem Reichstage eine Denkschrift über die allgemeine politische Lage vorzulegen. In allen anderen Ländern sei das Sitte, selbst Rumänien habe seinem Landtage ein solches Buch mit grünem Umschlage vorgelegt, unser Reichstag sei aber noch niemals mit einem solchen farbigen Buche bedacht worden. Er spreche die Hoffnung aus, daß der Reichskanzler seinen Wunsch in Zukunft erfüllen werde. — Bei dem Etat der Zölle spricht Abg. Grumbrecht den Wunsch aus, daß die Gehälter der Zollbeamten aufgebessert werden möchten. Bundeskommissär Geh. Rath Dr. Michaelis erklärt, daß die Reichsverwaltung dieser Frage bereits ihr Augenmerk zugewendet habe. — Bei dem Etat des Reichs-Gesundheitsamtes macht Abg. Dr. Frühauf darauf aufmerksam, daß das Reichs-Gesundheitsamt so geringe Lebenszeichen von sich gebe, und fragt an, ob nicht dem Reichstage baldigst eine Vorlage über die Veterinär-Frage, über die Mortalitäts- und Morbilitätsstatistik, über die obligatorische Leichenschau und über die obligatorische Fleischschau zugehen werde. Die Sanitätsverhältnisse des Reiches und die Ausbreitung der Seuchen, das Umsichgreifen der Trichinose erfordern die schleunige Regelung dieser Fragen, wozu aber das Reichs-Gesundheitsamt berufen sei.

Bundeskommissär Geh. Rath Dr. Michaelis: Man könne nicht erwarten, daß schon in dieser Session dem Hause Resultate des Reichs-Gesundheitsamts vorgeführt werden würden, dafür existire diese Behörde noch zu kurze Zeit. Ein Gesetz über obligatorische Leichenschau sei bereits im Reichs-Kanzleramt ausgearbeitet worden und werde in der nächsten Session dem Reichstage vorgelegt werden. Auf Grund dieses Gesetzes werde auch dann möglich sein, eine Mortalitätsstatistik in's Leben zu rufen. Auch in Bezug auf die Verbreitung der Trichinose habe man im Reichskanzler-Amt bereits Maßregeln in Berathung genommen. Jedenfalls sei es aber nothwendig, daß die neugeschaffene Behörde erst ihre innere Organisation beende und dann an die Erledigung ihrer Aufgabe trete.

Abg. Dr. Reichensperger (Crefeld) bittet, die Thätigkeit des Reichs-Gesundheitsamts auch auf die Untersuchung der Nahrungsmittel auszudehnen und nach dieser Richtung hin möglichst energisch und schnell vorzugehen. Die Verfälschung der Nahrungsmittel durch Surrogate sei so allgemein und gebräuchlich, daß sogar das Bier, welches man hier im Reichstage trinke, nicht von Surrogaten frei sei. Er bitte, seinem Wunsche Folge zu geben.

Abg. Richter (Hagen) stimmt dem Vorredner bei, bittet aber, an eine so junge Behörde, wie das Reichs-Gesundheitsamt, noch nicht zu weit gehende Forderungen zu stellen.

Abg. Dr. Zinn will solche Forderungen auch nicht stellen, bedauert jedoch, daß er in diesem Augenblicke keinen Vertreter des Reichs-Gesundheitsamts an dem Tische der Bundeskommission sehe. Auch er habe manche Fragen an die Reichsregierung zu richten, die ihm aber nicht von einem Verwaltungsbeamten, sondern nur von einem Fachmann beantwortet werden könnten. Die Abwesenheit der Räthe des Gesundheitsamts scheine ihm nicht auf einem Zufall zu beruhen, sondern es scheine dies auf einem Prinzip zu beruhen, indem man dem Reichs-Gesundheitsamt nicht dieselbe Selbständigkeit gebe wie den übrigen Abtheilungen des Reichskanzler-Amts. So gehe z. B. aus der Denkschrift, die dem Etat beigefügt, nicht hervor, daß die Räthe dieses Amtes direkt beim Reichskanzler Vortrag halten, und das heutige Fehlen in der Vertretung des Gesundheitsamts bestärkt mich in der Annahme, daß man das Reichs-Gesundheitsamt durch die Verwaltungsbeamten bevormunden will. Der Reichstag, das will ich konstatiren, ist bei Begründung dieser Behörde nimmermehr der Meinung gewesen, daß das Reichs-Gesundheitsamt unter Bevormundung der Verwaltung gestellt werde. — Schließlich konstatirt Redner, daß der Mann, welcher jetzt an der Spitze des Reichs-Gesundheitsamts stehe, in den ärztlichen Kreisen das allseitige Vertrauen in hohem Maße genieße.

Bundeskommissär Geh. Rath Dr. Michaelis bestreitet die Ansicht des Vorredners, daß eine Bevormundung des Reichs-Gesundheitsamts bestehe; dasselbe stehe eben so selbständig wie jede andere Abtheilung des Reichskanzler-Amts.

Bei dem Etat des Auswärtigen Amts weist Abg. Dr. Kapp darauf hin, daß kürzlich in der Provinz Westpreußen etwa 5- bis 600 Menschen durch einen katholischen Priester zur Auswanderung verleitet worden seien, unter dem Vorgeben, daß ihre Religion in Gefahr sei und daß man sie zu Protestanten machen wolle. Der Redner schildert die traurige Lage der Verleiteten, die in Antwerpen hilflos auf der Straße gelegen hätten, und hält eine Untersuchung darüber für nothwendig, welche Stellung die Stadt Antwerpen in der Auswanderungsfrage überhaupt einnehme, indem daselbst ein förmlicher Handel mit Menschen getrieben werde. Redner fragt, ob diese Leute Seitens der Reichsregierung geschützt würden, und hält es für nothwendig, dieselben auf Kosten des Reichs in ihre Heimath zurückzuschaffen.

Der Bundeskommissär Unterstaatssekretär v. Philippsborn erwidert, daß die Leute gegenwärtig eingeschifft seien und sich auf dem Wege nach ihrem selbstgewählten Bestimmungsorte Venezuela befänden. Es sei der Regierung bekannt, daß diese Leute durch Antriebe aller Art zur Auswanderung verleitet seien, und es sei Seitens der belgischen Regierung alles geschehen, das Loos derselben zu erleichtern. Wie sich der betreffende Priester dabei verhalte, darüber schwebe die Untersuchung.

Abg. Fürst Radziwill verwahrt sich im Namen seines (Priester-) Standes gegen die vom Abg. Dr. Kapp ausgesprochene Beschuldigung und fordert Beweise dafür.

Abg. Dr. Kapp erwidert, daß ihm aus letzter Zeit mehrere Fälle bekannt seien, in denen Priester unter den angegebenen Vorspiegelungen

das Volk in Westpreußen zur Auswanderung verleitet. (Rufe: Namen) Ich nenne den Namen v. Gorowski.

Nachdem Abg. Reichensperger (Crefeld) behauptet, daß der Vorredner einen Beweis für seine Angaben nicht werde führen können, wird die Diskussion geschlossen und ist die Angelegenheit damit erledigt. (Schluß folgt.)

‖ **Straßburg**, 15. Dez. Die Vorbereitungen zu den Reichstags-Wahlen bringen einige Bewegung in das politische Leben unserer Bevölkerung. Der aus eingewanderten Deutschen bestehende Wahlverein hiesiger Stadt hat kürzlich in einer sehr besuchten Versammlung vorläufig auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und beschlossen, das Auftreten eines Kandidaten der sog. elsässischen Partei abzuwarten, dem gegebenen Falles die Stimmen der Eingewanderten zufallen würden. Fast gleichzeitig tagte eine freie Vereinigung hiesiger Bürger älteren Schlages, welche sich für die Wiederwahl des seitherigen Protest-Abgeordneten Lauth aussprachen. Es läßt sich nicht läugnen, daß die Wahl des Hrn. Lauth hier gewichtige Fürsprecher findet. Im Kreise Zabern, wo der bekannte Abgeordnete Teutsch begütert ist, wird gleichfalls für dessen Wiederwahl operirt. Wie verlautet, soll als Gegenkandidat in diesem Kreise der Redakteur des „Elsässer Journales", Hr. Schneegans, aufgestellt werden. Im Kreise Erstein wird als Kandidat der Direktor der Grafenstadener Maschinenfabrik, Hr. Brauer, zuletzt Mitglied der Kommission zur Prüfung der Patentfrage, genannt. Im Landkreise Straßburg ist als Kandidat der elsässischen Partei der Bankdirektor North, Mitglied des Landesausschusses, in Aussicht genommen. — Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß die Prediger des Protestes auch auf dem Lande jetzt noch die meisten Chancen für einen Wahlerfolg haben, so wird denselben bei den kommenden Wahlen doch unter allen Umständen eine bedeutende Minderheit gegenüber stehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Dez. Die Meldungen aus Konstantinopel lauten fortgesetzt friedlich, d. h. insofern friedlich, als die Anschauungen Englands und Rußlands — daß die übrigen Mächte der zwischen diesen beiden erzielten Einigung ohne weiteres beitreten, gilt als selbstverständlich — sich näher und näher kommen. Der Okkupationsgedanke ist entschieden in den Hintergrund gedrängt und die europäische Gesammtgarantie beherrscht das Terrain. Aber bei alledem wird man die Friedenshoffnungen noch nicht zu hoch spannen dürfen. Noch weiß man nicht, wie die Pforte sich dem eventuell geeinigten Europa gegenüber stellen wird. Die Strömungen in den leitenden Kreisen wechseln fast von Tag zu Tage, und wenn heute die Reformpartei ein ausgedehntes Maß von Nachgiebigkeit zeigt, so kann morgen das Alttürkenthum wieder Oberwasser haben und zum letzten Mittel der Verzweiflung, zu dem Appell an den religiösen und nationalen Fanatismus greifen wollen. Der Sultan persönlich steht mit seinem Verstande auf Seiten der ersteren, aber mit seinen Herzensneigungen auf Seiten des letzteren. Je maßvoller indeß bei aller Festigkeit Europa sich gibt, um so sicherer wird es sein doppeltes Ziel erreichen, der christlichen Bevölkerung dauernd und nachhaltig aufzuhelfen und doch den Frieden nicht zu gefährden. In dieser Richtung sind namentlich Deutschland und Oesterreich thätig, bald auf England, bald auf Rußland einwirkend, das eigentliche Zünglein an der Wage der Entscheidung.

Wien, 15. Dez. Noch ein auf friedliche Lösung deutendes Symptom. Die Konferenzbevollmächtigten sind angewiesen worden, die Garantien ihrerseits nicht eher zu formuliren, als bis sie die etwaigen Vorschläge der Pforte entgegengenommen und geprüft.

Frankreich.

♂ **Paris**, 15. Dez. Die republikanischen Blätter aller Schattirungen vom „XIX. Siècle" bis zum „Rappel" und zum „Peuple" sprechen ihre hohe Befriedrigung über die Antrittsrede des Hrn. Jules Simon aus und bringen dem neuen Ministerium ihr volles Vertrauen entgegen. Auch das Organ Gambetta's, über dessen persönliches Verhältniß zu dem neuen Premierminister so widersprechende Versionen in Umlauf waren, erklärt in dem entgegenkommendsten Tone, es brauche nicht erst die Akte des Hrn. Jules Simon abzuwarten, da seine Programmrede schon für sich allein eine bedeutsame That wäre. Nur die „Droits de l'Homme" und der „Homme libre" hüllen sich in den Mantel ihres unversöhnlichen Grolls.

Der Budgetausschuß des Senats hatte heute im Ministerium des Innern eine Unterredung mit den Ministern Jules Simon und Léon Say. Der Ausschuß wünschte zu wissen, wie sich das neue Ministerium zu den Finanz-Fragen stelle und ob es insbesondere die von dem Abgeordnetenhause gegen den Willen der Regierung gestrichenen oder herabgesetzten Budgetpositionen vom Senat wieder hergestellt zu sehen wünsche. Hier wiederum handelte es sich hauptsächlich um die Frage der erst kürzlich durch ein Gesetz eingeführten Feldgeistlichen; wie man weiß, hatte das Abgeordnetenhaus die für den Unterhalt dieser Almoseniers begehrten Summen verweigert. Die Minister erwiderten, daß die Regierung das Recht des Senats, Kredite, die vom Abgeordnetenhause gestrichen worden sind, im Amendementswege wiederherzustellen, durchaus nicht bestreite, sondern im Gegentheil bei nächster Gelegenheit anerkennen werde, daß man sogar dieses Recht des Prinzips wegen schon jetzt in einem Punkte wenigstens, etwa anläßlich des Kredits für das höhere Offizierspersonal, praktisch bekräftigen könne, da hier das Abgeordnetenhaus einen Irrthum begangen habe, den es selbst bereitwillig anerkennen werde, daß man aber im Uebrigen bei dem Drang der Umstände und um nicht zu den „provisorischen Zwölfteln" seine Zuflucht nehmen zu müssen, wohl daran thäte, es für die anderen Differenzpunkte diesmal noch bei den Entscheidungen des Abgeordnetenhauses bewenden zu lassen. Der Ausschuß, in dessen Namen Hr. Pouyer-Quertier das Wort führte, nahm einstweilen von den Auslassungen der Minister Alt, nicht ohne jedoch zu verstehen zu geben, daß er wenigstens in der Frage der Feldgeistlichen entschlossen sei, dem Abgeordnetenhause nicht seinen Willen zu lassen.

Das Abgeordnetenhaus hat bei Beginn seiner heutigen Sitzung die vielbestrittene Wahl des Grafen Mun im Arrondissement Pontivy endlich ohne weitere Debatte bestätigt.

Einer der angesehensten älteren Pariser Advokaten, unter dem Kaiserreich Generalprokurator, Senator und Vizepäsident des Staatsraths, Hr. Chaix-d'Est-Ange, ein Mann von außerordentlichen Fähigkeiten, aber unzuverlässigem politischen Charakter, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Man meldet ferner den heut erfolgten Tod des Journalisten Alexander Duvernois, zuletzt Redaktionssekretär der „Liberté".

Rußland.

Die „Frankfurter Zeitung" bringt folgendes Telegramm aus Petersburg, 15. Dez.: Offiziös wird mitgetheilt, Rußland sei bereit, dem Prinzip der Okkupation durch neutrale Mächte zuzustimmen. Eine definitive Verständigung hierüber sei sicher, sobald die Mächte zu einem Beschlusse über das von ihnen einzuschlagende Verfahren kommen, im Falle die Pforte sich weigere, den Beschlüssen der Mächte sich zu fügen. Rußland schlage vor, daß England die Dardanellen und Rumelien, Rußland Bulgarien, Oesterreich Bosnien und die Herzegowina und Italien Epirus und Thessalien besetzen solle. Es sei nothwendig, dieses Projekt in den gegenwärtig stattfindenden Vorkonferenzen zu diskutiren.

Badische Chronik.

⊙ Karlsruhe, 15. Dez. Die häufigen und verheerenden Ueberschwemmungen, welche der unregelmäßige und veränderliche Lauf des Rheinstromes insbesondere auf der Strecke von Basel an abwärts herbeiführte, gaben schon im vorigen Jahrhundert den Uferstaaten Baden und Frankreich Veranlassung zu gemeinsamem Vorgehen behufs Regulirung des Stromes und möglichster Fixirung der seit dem westphälischen Frieden von 1648 durch den Thalweg des Rheins gebildeten Grenze. Die in dieser Richtung abgeschlossenen Vereinbarungen von 1778, 1786 und 1796 hatten jedoch ebensowenig wie die späteren Abmachungen von 1821 und 1827 einen nennenswerthen Erfolg, da auf Grund derselben gemeinsame Bauten nur auf kleine Strecken vorgenommen wurden, im Uebrigen aber der Hauptübelstand bestehen blieb, daß nämlich die Ingenieure beider Uferstaaten ihr Hauptaugenmerk darauf richteten, den Strom von dem Ufer ihres Staates ab auf das gegenüberliegende zu lenken. Erst unter dem 5. April 1840 kam nach 23jährigen Verhandlungen der sogenannte Rheingrenz-Vertrag zwischen Frankreich und Baden zum Abschluß durch welchen ein gemeinsames Handeln in der Weise vereinbart ward, daß beide Regierungen sich verpflichteten, „Bauten an jedem Ufer des Rheins nur zur Vertheidigung und auf eine Weise ausführen zu lassen, um nach und nach eine Regulirung seines Laufs zu Stande zu bringen". Für die Ausführung wurde bestimmt, daß die Ingenieure beider Staaten eine gemischte Kommission bilden sollten, welche alljährlich im Oktober zusammenzutreten habe, um sich über die beiderseits für das folgende Jahr beabsichtigten Arbeiten zu verständigen; bei ihrem erstmaligen Zusammentreten sollte die Kommission ein allgemeines Projekt der Bahnlinien für die Stromregulirung entwerfen, welches als bindende Norm für die Arbeiten beider Regierungen zu gelten hätte. Die auf Grund und nach Maßgabe dieser Bestimmungen im gleichen Jahr begonnenen und unberührt von dem Wechsel der politischen Ereignisse bis zur Stunde fortgeführten gemeinschaftlichen Arbeiten sind in diesem Jahre, wie bei dem neuerlichen Zusammentritt der Kommission konstatirt wurde, insofern zum Abschluß gelangt, als auf der ganzen badisch-elsässischen Grenzstrecke sich nunmehr der Thalweg des Rheins innerhalb des korrektionellen Strombettes befindet, es somit gelungen ist, dem Strome einen regelmäßigen Verlauf in einem normalen Bette anzuweisen. Es dürfte nicht unangemessen sein, Angesichts der Vollendung eines solchen Werkes auf die Bedeutung desselben mit einigen Worten hinzuweisen. Als wichtigste Folge erscheint wohl die, daß das Rheinbett sich bedeutend gesenkt hat und Ueberschwemmungen, wie wir eine solche im Sommer d. J. zu beklagen hatten, nur noch als große Seltenheiten bei außerordentlich hohem Wasserstand vorkommen, während sie früher eine regelmäßige Erscheinung waren. Ueberdies aber sind Tausende von Morgen Landes durch die Verlandungen der alten Rheinarme und die Verengung des Strombettes der landwirthschaftlichen Benützung gewonnen, weite Strecken sumpfigen Terrains trocken gelegt worden; die Nebel im Rheinthal haben sich vermindert, die Feuchtigkeit der Wohnungen in den Rheinufer-Orten ist beseitigt, der Gesundheitszustand der Bewohner verbessert worden. Endlich haben Schifffahrt und Flößerei auf dem kanalisirten Strome zugenommen. Die langjährige Arbeit beider Staaten und der erhebliche Kostenaufwand, welcher 1872 für die badischer Seits ausgeführten Bauten 12 Millionen betrug, dürften hierdurch hinlänglich belohnt sein.

+ Karlsruhe, 15. Dez. (Schwurgericht.) Heute wurde die Anklage gegen Karl Sommer von Baden wegen eines in Freiburg verübten Diebstahls verhandelt. Die Sache ist hierher verwiesen, weil der Angeklagte schon vor Verübung der That bei Großh. Amtsgericht Baden in Untersuchung stand. Karl Sommer, schon siebenmal wegen Diebstahls bestraft, fand sich im Spätjahr bei seiner Tante, der ledigen Anna Danz in Freiburg, Günterstthaler-Straße 10, unter dem Vorgeben ein, daß er bei einem Baugeschäft daselbst Arbeit fand, jedoch wegen einer Verletzung seiner Hand nicht arbeiten könne. Die Tante lud ihn mehrmals zum Essen, fand jedoch üblen Dank; während sie einen Spaziergang machte, erbrach Karl Sommer den Sekretär und stahl für 3000 Thlr. badische und 600 fl. österreichische Staatspapiere, deren größter Theil übrigens bei seiner bald nachher in Mülhausen erfolgten Verhaftung wieder vorgefunden wurde. Der Angeklagte wurde wegen schweren Diebstahls, in wiederholtem Rückfall verübt, mit fünf Jahren Zuchthaus bestraft.

± Bretten, 15. Dez. Dieser Tage wurde eine schon lange schwebende Frage zum glücklichen Austrage gebracht, nämlich die der Gründung eines Gewerbevereins. Eine zur Lösung derselben zusammenberufene Versammlung von Gewerbsleuten und Gewerbsfreunden beschloß, nachdem Herr Amtsrichter Dr. Kupfer die Zwecke eines solchen Vereins in klarer, durchdachter Weise auseinandergesetzt hatte, mit Einstimmigkeit die Gründung eines Gewerbevereins in hiesiger Stadt. Ueber 60 der Anwesenden erklärten sofort ihren Beitritt. Im Verlaufe der Berathungen wurden die Statuten aufgestellt, — dieselben gleichen denjenigen des Konstanzer Gewerbevereins mit einigen wenigen Abänderungen — und der Vorstand gewählt, letzterem insbesondere noch die Aufgabe, ein geeignetes Lokal zu beschaffen, gestellt. Nachdem nunmehr die grundlegenden Schritte geschehen sind, wird es bei nur einigermaßen entsprechendem guten Willen und Ernste der Betheiligten dem Brettener Gewerbeverein an einem glücklichen Gedeihen nicht fehlen.

Nachschrift.

† **Bukarest**, 16. Dez. In der Kammer machte der Kriegsminister eine Vorlage, welche die Gemeinden verpflichtet, die Familien der einberufenen Territorialsoldaten zu erhalten; ferner eine Vorlage, welche das Rekrutirungsgesetz vom 1. Januar 1877 aufhebt.

† **Moskau**, 15. Dez. Der Vorschlag der „Times", in den aufständischen türkischen Provinzen eine bewaffnete ausländische Polizei zu errichten, wird hier nicht als den realen Verhältnissen entsprechend und ausführbar, sowie zum Ziele führend angesehen. Die „Moskauer Zeitung" erblickt darin einen phantastischen Plan englischer Minister, der die Pforte nur ermuthige, friedlichen Maßregeln zu widerstreben, welche weder die Integrität der Türkei noch die Autorität des Sultans bedrohten.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 16. Dez., die übrigen vom 15. Dez.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	103½	Oesterr. 5% Papierrente Zins 4½%	47½
Baden 5% Obligationen	103½	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	94
„ 4½% „	100⅞	burg 4% „ i. Thl. à 105 fr.	94
„ 4% „ fl.	—	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	82⅞
„ 4% „ M.	95⅞	„ 5% do. von 1871	80½
„ 3½% Oblig. v. 1842	94	Schweden 4½% do. i. Thlr.	96⅛
Bayern 4½% Obligationen	100⅛	Schweiz 4½% Bern Stiftsobl.	—
„ 4% „ fl.	—	N.-Amerika 6% Bonds 1885r von 1865	100½
„ 4% „ M.	93⅝	„ 5% dto. 1905r (10/40r v. 1864)	101⅞
Württemberg 5% Obligat.	—	3% Spanische	13¼
„ 4½% „	100½	Solle französ. Rente	106
„ 4% „	—		
Nassau 4% Obligationen	95⅛		
Gr. Hessen 4% Obligation.	94½		
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	52⅜		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	149⅝	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	51
Badische Bank	101¾	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	72⅞
Deutsche Vereinsbank	60	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	73¼
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	73
Darmstädter Bank	98¾	5% dto. steuerfr. neue „	61½
Oesterr. Nationalbank	652	5% do. (Neumarkt-Ried)	63⅛
Württemberg. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	45
Oesterr. Kredit-Aktien	105	5% Franz-Jos.-Prior.	72⅝
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	60
Rheinische Kreditbank	85⅝	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	56½
Basler Bankverein	—	5% östr. Nordwestb.-P. i. S.	70⅝
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	—
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	53
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	45¾
Deutsche Effektenbank	102	5% Ungar. Nordostb. Prior.	48½
Oesterr.-deutsche Bank	—	5% Ungar. Galiz.	50
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	—
4½% pfälz. Marbahn 500 fl.	—	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	73½
4% Hessische Ludwigsbahn	95½	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	46¼
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	—	5% österr. Staatsb.-Pr.	92¾
5% österr. Franz Staatsbahn	205¾	3% österr. Staatsb.-Pr.	62
5% „ Süd-Lombarden	62	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & E,	40⅞
5% „ Nordwestb.-P.	93¼	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe	101¾
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	—	4½% „	96¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	—	6% Pacific Central	97⅛
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	134	6% South Missouri	60⅝
5% Franz Josef-Eisenbahn	95½		
Galizier	—		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	—
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	106½	„ 5% 500 fl. „ v. 1860	91¾
Bayr. 4% Prämien-Anl.	120½	„ 100-fl.-Loose v. 1864	240.60
Badische 4% dto.	117¼	Ungar. Staatsloose 100 fl.	128.—
„ 35-fl.-Loose	132.40	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	—
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.40	Schwedische 10-Thlr.-Loose	44.—
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	155	Finnländer 10-Thlr.-Loose	—
Ansbach-Gunzenhaus. Loose	24.—	Meininger 7-fl.-Loose	18.60
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	109⅝

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	204.30	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 3%	81.20	Ducaten . . . „	9.63 - 68
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	160.—	20-Francs-St. . . „	16.22—26
Disconto . . l. S. 4½ %		Engl. Sovereigns „	20.33—38
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Russische Imperial „	16.70—75
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollars in Gold „	4.16—19
		Dollarcoupon „	—
		Tendenz: still.	

Berliner Börse. 16. Dez. Kreditaktien 212.50, Staatsbahn 412.50, Lombarden 123.—, Disc. Commandit 104.70, Reichsbank 149.70. Tendenz: schwach.

Wiener Börse. 16. Dez. Kreditaktien 134.—, Lombarden 78.—, Staatsbahn —.—, Anglobank 70.50, Unionbank —.—, Napoleonsd'or 10.13. Tendenz: matt.

New-York, 16. Dez. Gold (Schlußkurs) 107¾.

☞ Weitere Handelsnachrichten in der Beilag Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Gott in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Sonntag, 17. Dez. 4. Quartal. 139. Abonnementsvorstellung. **II. Abtheilung. Der Waffenschmied**, komische Oper in 3 Akten, von Lortzing. Anfang ½7 Uhr.

Dienstag, 19. Dez. 4. Quartal. 140. Abonnementsvorstellung. **I. Abtheilung. Dorf und Stadt**, Schauspiel in 2 Abtheilungen und 5 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer. Anfang 6 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todesanzeige.

J. 588. Karlsruhe. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben, guten Gatten und Onkel,

Georg Sußmann,

nach längerem Leiden im 81. Lebensjahre heute früh 3/4 7 aus diesem Leben abzurufen.

Karlsruhe, den 16. Dez. 1876.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.

J. 594. Karlsruhe. Mit tiefem Schmerze benachrichtige ich Freunde und Verwandte, daß mein theurer Vater,

Geh. Hofrath **Ch. F. Platz,**

heute Abend 3 3/4 Uhr in Folge einer Lungenentzündung verschieden ist.

Karlsruhe, den 16. Dez. 1876.

Namens der Familie:
Dr. Philipp Platz,
Professor.

Passende Weihnachtsgeschenke!

J.362.2. Im Verlag von **Malsch & Vogel** in **Karlsruhe** ist erschienen und bei ihnen, sowie in allen Buchhandlungen zu haben:

Das **neue praktische**

Badische Kochbuch,

als das anerkannt **beste** und **billigste** unter den vielen besonders für die süddeutsche Küche brauchbaren Kochbüchern, ist bereits in **zehnter** Auflage erschienen, und spricht die große Verbreitung desselben für seine allgemein anerkannte Güte und Nützlichkeit.

Wie oft in vielen Jahren dieses Buch sich auch als geeignetes **Weihnachts-Geschenk** empfohlen hat, so verfehlen wir nicht, auf dasselbe wieder bei der herannahenden Weihnachtszeit aufmerksam zu machen.

Preis gebunden 2 ℳ 70 ₰, in elegantem Einband mit Goldpressung 3 ℳ 60 ₰.

Aus dem Elsaß.

Alte Geschichten, für das Volk erzählt von einem elsäßischen Schulmeister. Preis 2 ℳ 40 ₰.

Rede über das

Lied von der Glocke.

Von Dr. C. J. Bolin. II. Aufl. Preis 40 ₰.

!! Festgeschenke !!

J.548. 1. Zur Festzeit empfehlen wir die nachstehenden in unserem Verlage erschienenen, elegant ausgestatteten Werke:

Brauer, Ed., bad. Sagenbilder in Lied und Reim. geb. M. 3. 50.
Doll, K. W., eine Osterfeier. geb. m Goldschnitt. M. 2. 20.
Elchrodt, L., Rheinschwäbisch. geb. m. Goldschnitt. M. 2. 80.
Longfellow, H. W., Evangeline übersetzt von Ed. Nikles. geb. m. Goldschnitt. M. 2. 40.
Zittel, E., Dekan. Rings um die Jungfrau. geb. m. Goldschn. M. 4
— — Entstehung der Bibel. gebdn m. Goldschn. M. 4.
— — B. A. geb. M. 2. 10.
Deutsche Warte. Umschau über das Leben u. Schaffen der Gegenwart. Red. von Dr. Br. Meyer. Bd. VI—IX. broch. à Bd. M. 7. 20. geb. in Leinwand M. 8. in Halbfrz. M. 8. 45 Pf.
Göthe's Faust. Für die Aufführung als Mysterium in zwei Tagwerken eingerichtet von Otto Devrient. geb. M. 3.

***Karlsruhe.* *G. Braun*'sche Hofbuchhandlung.**

J.512. 2. Im Verlag von **Ch. Th. Groos** in **Karlsruhe** erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Anforderungen

der
modernen Schulgesetzgebung
an die Leistungen des
Gymnasialunterrichts,
nach ihren leitenden Grundsätzen und nach ihren möglichen Wirkungen beleuchtet
von **E. Zandt,**
ehemaligem Professor am Gymnasium zu Karlsruhe.

Preis geheftet 1 Mark.

Diese kleine Schrift bespricht in allgemein verständlicher Weise die Uebelstände, welche von der modernen Schulgesetzgebung unzertrennlich sind und nicht blos die Klagen so vieler Eltern hervorrufen, sondern auch die Erfolge des Unterrichts schwer beeinträchtigen. Dieselbe darf daher nicht blos den Männern vom Fache, sondern allen Freunden einer gesunden Jugendbildung empfohlen werden.

Nähmaschinen,

amerikanischer, deutscher und französischer Fabrikate, der besten Systeme, für Familie und Gewerbetreibende, mehrjährige Garantie, billige Preise, Zahlungserleichterung. Reparaturen prompt und billig.

Nähmaschinenfabrik und Handlung

Aug. Mappes,

Heidelberg,	Karlsruhe,	Straßburg,
Dreikönigstraße 25.	Langestraße 132.	Nußbaumgasse I

Illustrirte Preiscourante gratis. B. 738. 7.

E. Schering's Pepsin-Essenz nach Vorschrift des Professor Dr. **O. Liebreich.**

Nach Untersuchung von **Dr. Hager** und **Dr. Paqum** das wirksamste von allen Pepsinpräparaten, ist als wohlschmeckendes, diätetisches Mittel bei **Appetitlosigkeit, schwachem** oder **verdorbenem Magen** ꝛc. als ärztlich erprobt zu empfehlen. Preis pr. Flasche 15 und 20 Sgr.

Droguen, Chemikalien, cosmetische Seifen, Salicylsäure-Mittel ꝛc. empfiehlt

Schering's Grüne Apotheke in Berlin Chausseestrasse 21.

Wittich & Benkendorf.

Briefliche Bestellungen werden **prompt** ausgeführt Für Wiederverkäufer Rabatt. X.883. 12.

J.547. 1. Für die Weihnachtszeit empfehlen wir als in allen Buchhandlungen vorräthig:

Göthe's Faust

als

Mysterium

in zwei Tagewerken für die Bühne eingerichtet von

Otto Devrient.

Class.-Format. Elegant geb. 3 Mk. — franco unter Kreuzband gegen Einsendung von Mk. 3. 10.

Karlsruhe.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

J.503. 2. Vorräthig in den Hofbuchhandlungen von **A. Bielefeld** und **G. Braun** in **Karlsruhe:**

Verlag von W. Spemann in Stuttgart

Die Erde und ihre Völker.
Von Friedrich Hellwald

Ein geographisches Hausbuch.

I. Band, mit zahlreichen, echt künstlerischen Illustrationen u. Tabellen. Preis M. 12. 50., in eleg. Halbfranz-Prachtband M. 15. —.

Dieses Werk hat einen ganz ungewöhnlichen Erfolg gehabt Schon jetzt, ehe nur der erste Band ausgegeben wurde, war für die Lieferungsausgabe eine zweite unveränderte Auflage nöthig. Es ist die erste Geographie, welche wirklich amüsant zu lesen ist. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Heliographe!

Apparat z. Selbstanfertig. von Photographien,

liefert ganz **vorzügliche Bilder** bis zur Grösse von Cabinet-Photographien! Ein **Jeder**, selbst **ältere Kinder**, können damit **ohne** jede **Vorkenntniss** operiren und liefert der Apparat so **klare und schöne** Photographien, wie man solche vom Photographen erhält, wesshalb speciell als Geschenk zu empfehlen! Preis **incl.** Photographischem Papier, Fixirsalz, Gebrauchsanweisung etc. **nur 10 Mark.** Versandt **nur** gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages. J.562. 3.

Cl. Kauffmann,
Berlin C., Annenstrasse No. 11.

J.555. 2. Karlsruhe.

Ein Salon-Flügel

von

Erard,

nur ganz wenig gespielt, wie neu erhalten, dessen Ankaufspreis Fr. 3000 war, ist im Auftrag um den Preis von **Mark 950** zu verkaufen und steht zur gef. Ansicht bereit in dem

Forte-Pianolager
von
Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Herrenstr. 31.

Ludwig Oehl
CARLSRUHE

empfiehlt

Feinste schwarze und farbige Glacé-Handschuhe von Ziegenleder. J.551 3.

J.556. 1. In meinem Verlage sind erschienen:

Murgthalsagen und Geschichten.

In Reim gebracht
von **Franz Wallebrein.**
Preis eleg. cart. 2 Mark.

Dieses reizend ausgestattete Büchlein wird als passendes **Festgeschenk** hiermit ganz besonders empfohlen.

Rastatt. ***W. Hanemann*** Buchhandlung.

Billigste Preise!

Zu Weihnachts-Geschenken
empfehlen wir unsere feinst ausgeführten

Oeldruck-Bilder

Reiches Lager von über 200 der besten Bilder in den verschiedensten Größen und Preisen.

Aechte Gold-Barock-Rahmen zu den billigsten Ansätzen.

J.550. 2.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung
in **Karlsruhe.**

Billigste Preise! Billigste Preise! Billigste Preise!

J.531. 2.

Weihnachts-Ausstellung.

FRIEDRICH WOLFF & SOHN
Grossh. Hoflieferanten
Langestrasse 104, Ecke der Herrenstrasse.

Grösstes Lager
von zu Geschenken sich eignenden Gegenständen:
Wiener, französische und englische
Leder- & Bronze-Galanterie-Waaren:
Portemonnaies, Cigarren-Etuis, Visites, Damentaschen, Necessaires und eingerichtete Inchtensäcke.
Feinste imitirte Pariser Schmucksachen:
Bonbonnières, Flacons, Operngläser.
Ball-, Theater- u. Straßenfächer,
Stöcke und englische Reitpeitschen.
Wiener Meerschaum- und Bernsteinwaaren.
Tabakdosen.
Seidene Cachenez, Foulards, Cravatten.
Hosenträger und Strumpfband.
Glacé-Handschuhe,
feinste Qualität, in Ziegenleder.
Versilberte Tafelgeräthe u. Bestecke.
Aecht engl. und franz. **Parfumerien** und
Toilettegegenstände.
Deutsche Parfumerien, eigenes Fabrikat.

3 Medaillen: Philadelphia, Wien und Karlsruhe.

Zu Weihnachtsgeschenken

J.402. 4. empfiehlt

ihr reichhaltiges Lager

die **Musikalienhandlung** von **L. Fr. Schuster,**
Friedrichsplatz 12, Karlsruhe.

J.513. 2. Frankfurt am Main.

Für Aerzte.

Eine fein gebildete, junge und hübsche Dame mit einem Vermögen von ℳ 90,000 wünscht behufs Verehelichung die Bekanntschaft eines Arztes, kathol. Konfession, von angenehmem Aeußern zu machen. Nicht anonyme Briefe mit Angabe der näheren Verhältnisse bef. sub ***A 4600*** die Annoncen-Expedition v. ***Rudolf Mosse*** in ***Frankfurt a. Main.***

J.359 3. Mannheim.

Ein Referendär gesucht.
Dr. Herz, Mannheim.

Strafrechtspflege.

Ladungen und Fahndungen.

K.120. Nr. 4713. Karlsruhe. J. A. S. gegen Isidor Michalowsky von Tilsit wegen Beleidigung wird zur öffentlich mündlichen Rekursverhandlung Tagfahrt auf Donnerstag den 28. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, angeordnet, und hiezu der Angeklagte persönlich mit dem Androhen vorgeladen, daß bei seinem Ausbleiben der Rekurs für aufgegeben gilt.

Dieses wird dem an unbekannten Orten abwesenden Angeklagten hiermit eröffnet.

Karlsruhe, den 13. Dezember 1876.
Großh. Kreis- und Hofgericht.
Rekurskammer.
Der Vorsitzende:
Merz.
Duffner.

Urthellsverkündungen.

K.103. Nr. 3274. Offenburg. J. A. S. gegen Bernhard Lorenz von Sasbachwalden wegen Diebstahls wird der von dem Angeklagten gegen das schöffengerichtliche Urtheil vom 29. Juli d. J., Nr. 5528, erhobene Rekurs für aufgegeben erklärt, unter Verfällung des Angeklagten — Rekurrenten — in die deßfallsigen Kosten.

Dies wird dem flüchtigen Angeklagten — Rekurrenten — bekannt gemacht.

So geschehen Offenburg, den 4. Dezember 1876.

Großh. Kreis- und Hofgericht,
— Rekurskammer.
Feyerlin.
Burger.

Verm. Bekanntmachungen.

J 587. Nr. 10,784. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Joseph Faerber's Eheleute in Billingen haben für ihren minderjährigen Sohn Oskar Müller um die Erlaubniß, seinen Familiennamen in „Faerber" umändern zu dürfen, nachgesucht.

Etwaige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuches sind **innerhalb dreier Wochen** dahier einzureichen.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1876.
Ministerium
des Großh. Hauses und der Justiz.
A. A. d. Pr.
v. Seyfried.
vdt. Kratt.

J 593. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Giltigkeit vom 1. Februar 1877 tritt eine 2. Ausgabe des Mitteldeutschen Gütertarifs vom 1. August 1872 in Kraft.

In Folge der hiernach neben Einführung verschiedener Tarifsätze eintretenden Aenderungen und Ergänzungen der reglementarischen und tarifarischen Bestimmungen werden auch theilweise Erhöhungen der seitherigen Frachtsätze herbeigeführt.

Exemplare dieser Tarifausgabe sind bei der diesseitigen Güterexpedition am Sitze der Bahnämter zum Preis von 1 M. per Exemplar erhältlich.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1876.
General-Direktion.

J.592. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 20. Dezember l. J. wird der XV. Nachtrag zum Tarif für den direkten Güterverkehr zwischen Basel und Waldshut einerseits und den Stationen der Schweizerischen Nordostbahn, sowie der Vereinigten Schweizerbahnen anderseits, direkte Tarifsätze für die Stationen Bruggen und St. Fiden enthaltend, in Kraft treten.

Exemplare des Nachtrags sind bei den Güterexpeditionen Basel und Waldshut unentgeltlich zu erhalten.

Karlsruhe, den 16. Dezember 1876.
General-Direktion.

J 586. Nr. 885. Meßkirch.

Holzversteigerung.

Aus den Domänenwaldungen des Forstbezirks Meßkirch werden am **Donnerstag den 28. Dezbr. d. J., Morgens 9 Uhr,** im Adler in Oberschwandorf nachverzeichnete Hölzer mit Borgfrist bis 1. September l. J. versteigert:

Aus den Distrikten I. Schwandorferwald, II. Boschenholz und III. Hölzle, Gemarkung Oberschwandorf:

46 Fichten, 6 Forlen-Klötze, 115 Fichten, 10 Forlen-Stämme, 87 Ster buchenes, 10 Ster aspenes, 272 Ster Nadel-Scheitholz; 15 Ster buchenes, 5 Ster aspenes, 12 Ster gemischtes, 75 Ster Nadel-Prügelholz; 49 Ster buchenes, 807 Ster Nadel-Stockholz, 141 buchene und 518 Nadel-Prügelwellen.

Waldhüter Lehn und Bruggner in Oberschwandorf zeigen das Holz auf Verlangen vor.

Meßkirch, den 9. Dezember 1876.
Großh. Bezirksforstei.
F. von Girardi.

(Mit einer Beilage und einer Extrabeilage: „Nähmaschinen." G. Neidlinger.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.